

M

MEINUNG

Tageskommentar

Genauer hinschauen

von Patrick Kuoni
Redaktor



Die Verschiebung der Kaserne auf den Rossboden beschäftigt die Churer Politik seit mehreren Jahren. Stück für Stück geht es mit einem der grossen Prestigeprojekte des Churer Stadtpräsidenten Urs Marti vorwärts. Nun kommt es zu einer ersten Volksabstimmung. Eine weitere wird im Laufe dieses Jahres folgen. Viele Fragen sind beim Grossprojekt noch offen. So ist beispielsweise noch unklar, ob die Unterkunft tatsächlich in einer Gewässerschutzzone gebaut werden kann, oder was tatsächlich auf dem frei werdenden Kasernenareal in der Innenstadt gebaut wird.

Es ist klar, dass Fragen wie diese noch nicht geklärt werden können. Entweder, weil – wie im Fall der Frage nach der Gewässerschutzzone – eine andere Instanz (der Kanton) zuständig ist, oder weil gewisse Dinge sinnvollerweise erst nach einer allfälligen Annahme vom Stimmvolk diskutiert werden. Dass bei einem Projekt dieser Tragweite noch Fragen offen bleiben, ist völlig normal.

Aufpassen muss Chur aber beim Umgang mit dem Militär. Hier hat eine Anfrage von SP-Grossrat Andri Perl gezeigt, wie sehr es zumindest die kantonale Exekutive der Armee recht machen will. Die Bündner Regierung hielt dort fest, dass es nicht sinnvoll sei, die erwiesene Lärmschutzüberschreitung der Schiessanlage überhaupt erst anzusprechen. Deshalb ist es verständlich, dass gerade bei der Kasernen-Abstimmung bei einigen Churer Bauern die Angst aufkommt, dass nach dem Bau der Kaserne weitere Baubehringlichkeiten der Armee ohne viel Federlesens erfüllt werden und weiteres Kulturland bedroht ist.

Trotz offener Fragen und der Gefahr eines zu demütigen Umgangs mit der Armee überwiegen aber die Vorteile des Grossprojekts. Die frei werdende Fläche auf dem Kasernenareal bietet zahlreiche Möglichkeiten für die künftige Gestaltung der Stadt. Weiter sorgt die Fläche dafür, dass Chur nach innen und nicht am Stadtrand wachsen kann. **Bericht Seite 7**

Kontaktieren Sie unseren Autor:
patrick.kuoni@somedia.ch

IMPRESSUM



Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Somedia Press AG
Verleger: Hanspeter Lebrument; CEO: Thomas Kundert
Chefredaktion Martina Fehr (Leiterin Publizistik), Thomas Senn (Chefredaktor, Zeitung); Mitglieder der Chefredaktion: Daniel Sager (Leiter TV), Jürgen Törkott (Leiter Radio), Astrid Tschullik (Leiterin Digital), Philipp Wyss (Chefredaktor Online)
Kundenservice/Abo Somedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch
Inserate Somedia Promotion AG
Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt): 73 364 Exemplare, davon verkaufte Auflage 69 321 Exemplare (WEMF-/SW-beglaubigt, 2019)
Reichweite 165 000 Leser (MACH-Basis 2019-2)
Erscheint sechsmal wöchentlich

Adresse: Südostschweiz, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50
E-Mail: Regionalredaktion: graubuenden@suedostschweiz.ch; Redaktion Inland, Ausland: nachrichten@suedostschweiz.ch; Redaktion Sport: sport@suedostschweiz.ch; leserreporter@suedostschweiz.ch; meinegemeinde@suedostschweiz.ch
© Somedia

Berner Politik

Verantwortung wahrnehmen

Sandra Locher Benguerel*
über die
Konzernverantwortungs-
initiative



Die Zeit zwischen den Sessionen dient der Vorbereitung der nächsten Session. Ich bin gespannt auf die Debatte zur Konzernverantwortungsinitiative und werde mich mit Überzeugung für sie einsetzen. Der Nationalrat ist aufgerufen, Farbe zu bekennen und zu zeigen, wie ökologisch und fortschrittlich er wirklich ist. Gemäss der Smartvote-Auswertung stimmt eine Mehrheit der neu gewählten Nationalrätinnen und Nationalräte für die Konzernverantwortungsinitiative.

Die Initiative wurde in über 20 Kommissionssitzungen behandelt. Im Ständerat nahm die Diskussion in der Wintersession keinen erfreulichen Ausgang, denn der Ständerat knickte vor der Konzernlobby ein. Ebenfalls abgelehnt wurde ein wirkungsvoller Gegenvorschlag mit einer der Kernforderungen der Initiative: die umfassende Firmenhaftung. Ohne neue Haftungsregeln

und Sorgfaltspflichten bleibt das Anliegen ein zahloser Papiertiger. Der Ball liegt nun wieder beim Nationalrat. Dieser hatte sich bereits 2018 für einen weitergehenden Gegenvorschlag ausgesprochen, inklusive Sorgfaltspflichten, Haftung und anwendbares Schweizer Recht.

Der Text der Initiative ist lang, doch erklärt ist die Initiative schnell. Sie verlangt, dass Schweizer Unternehmen, welche mit ihrer Geschäftstätigkeit im Ausland Menschenrechtsverletzungen begehen und Umweltschäden verursachen, in der Schweiz vor Gericht gezogen werden können. Es geht zum Beispiel um Kinderarbeit bei der Kakao-Produktion in Westafrika, tödliche Emissionen beim Rohstoffabbau in Sambia oder durch Goldminen verschmutzte Flüsse im Kongo. Es geht um die Rechte der Menschen im Süden. So leicht verständlich die Anliegen der Initiative sind, so breit ist auch ihre Verankerung: So gibt es in der Schweiz bereits gegen 300 Lokalkomitees, dazu gehören mit Chur, Davos und Schiers auch drei Bündner Lokalkomitees. Ich bin für die Initiative auf der Strasse gestanden und hatte viele sehr gute Gespräche über ein verantwortungsvolles und ressourcenschonendes Verhalten der Schweizer Unternehmen. Es war nicht

schwierig, die Leute von dieser Initiative zu überzeugen.

Inzwischen hängen überall in der Schweiz mehr als 25 000 orange leuchtende Fahnen der Konzernverantwortungsinitiative an Terrassen, hinter Fenstern und neben Türen. Denn das Besondere bei dieser Initiative ist, dass sie von der Basis kommt. Sie ist – ähnlich wie die Klimajugend – eine eigentliche Bürgerbewegung. Über 120 Vertretungen von Menschenrechtsorganisationen, Wirtschaft, Wissenschaft, kirchlichen Kreisen, Umweltverbänden und politischen Parteien bilden den breit abgestützten Verein für die Konzernverantwortungsinitiative. Der Druck der Basis ist also gross, und man wird sehr genau darauf schauen, wie verantwortungsvoll der Nationalrat diskutieren und entscheiden wird. Viele Menschen in der Schweiz haben ein grosses Interesse daran, dass die globale Tätigkeit von Schweizer Konzernen mit den Mindeststandards von Menschenrechten und Umweltschutz übereinstimmt. Ich denke, dass eine Volksabstimmung darüber grosse Chancen hätte. Was mich betrifft, werde ich in der Frühlingssession meine Verantwortung als Nationalrätin wahrnehmen.

* Sandra Locher Benguerel ist Bündner SP-Nationalrätin.

Des Rätsels Lösung



Eine prägnante Glasfassade haben wird diese Woche in unserem Bilderrätsel gesucht. Es handelt sich um jene des Einkaufszentrums Calandapark in Chur.

Bild Philipp Baer

Follow me



«Benötige eine Gebrauchsanleitung fürs Ausruhen.»
@za_zs_su



- 1 Wettbewerb**
Finde den HCD-Ticketdieb und gewinne VIP-Tickets.
- 2 Kanton Graubünden**
In Chur stehen bereits 15 5G-Antennen.
- 3 Davos**
Während des WEF und heute.

Blieben Sie tagsüber auf dem Laufenden

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert und unterhalten.

- Online suedostschweiz.ch
- Facebook [Südostschweiz](https://www.facebook.com/Suedostschweiz)
- Twitter [@suedostschweiz](https://twitter.com/suedostschweiz)
- Instagram [@suedostschweiz](https://www.instagram.com/suedostschweiz)